

Geschichte und Herkommen

Die S. u. R. waren wohl zw. 800 und 1000 aus ihrer Heimat in NW-Indien durch das Einströmen arab. Volksstämme zur Auswanderung gezwungen worden. Wichtigster Zeuge ihrer Herkunft aus Indien ist ihre Sprache, das Romani. Sie erschlossen sich Erwerbsquellen in Handel, Handwerk und Musik.

Die große Mehrheit der Vorfahren der heutigen europ. S. u. R. ließ sich zw. dem 11. und 14. Jh. auf dem Balkan (um 1100 von einem Mönch auf dem Berg Athos erstmals erwähnt), im Mittleren Osten und in Osteuropa nieder. Die Westwanderung erreichte um 1400 Mitteleuropa (1407 Hildesheim, 1414 Basel), bald nach 1500 dann England und 1715 Nordamerika. In der über Stände und Zünfte starr strukturierten Gesellschaft wurden S. u. R. wie andere soziale Gruppen (z.B. fahrende Händler, Handwerker ohne feste Anstellung, Schausteller) sozial ausgegrenzt.

Zunächst noch geduldet, wurden S. u. R. zunehmend unterdrückt und aus manchen Gebieten vertrieben (Luzern 1471, Brandenburg 1482, Spanien 1484). Auf dem Reichstag 1496/97 wurden sie für vogelfrei erklärt und zur Verfolgung, Folterung und Tötung freigegeben. Anfang des 16. Jh. folgten Holland, Portugal, England, Frankreich, Schottland, Flandern, Dänemark, Böhmen, Polen und Litauen mit ähnl. Gesetzgebung. 1561 beschloß das Parlament zu Orlèans, sie mit Feuer und Schwert auszurotten. Die härtesten Gesetze wurden im hl. Röm. Reich erlassen, allein zw. 1497 und 1774 waren es 146 Edikte, die alle Arten phys. und psych. Gewalt an S. u. R. zuließen.

Dem Beispiel MARIA THERESIAS und JOSEPHS II., die Roma in Österreich zwangsweise zu Bauern machen wollten, folgte FRIEDRICH II., d.Gr. 1775 mit der Gründung eines „Zigeunerdorfes“ in Friedrichslohra (heute Großlohra, Kr. Nordhausen). Als zw. 1837 und 1856 in der Moldau und Walachei nach und nach die Leibeigenschaft aufgehoben wurde, zogen rd. 200.000 befreite Roma westwärts. Aufgrund ihrer gegenüber den westeurop. Sinti andersartigen Unterdrückungsgeschichte, unterschiedl. Lebens-traditionen und Dialekte bewahrten beide Gruppen ihre Selbständigkeit. Von der sich zum Jahrhundertende hin verschärfenden Unterdrückung und Sondererfassung waren sie in gleicher Weise betroffen. Nach der Gründung des Dt. Reiches 1871 wurden die innenpolit. Kontrollinstrumente durch neu gegründete Dienststellen zur Überwachung der S. u. R. verschärft. Seit 1899 setzte im Dt. Reich eine systemat. Bekämpfung der S. u. R. ein; seit 1906 bestand in Preußen eine „Zigeunergesetzgebung“, seit 1926 in Bayern das „Arbeitsscheuengesetz“, das die Möglichkeit bot, auch gegen alteingesessene S. u. R. mit rücksichtsloser Härte vorzugehen. Die gerade in Dt. fortgeschrittene Assimilierung der S. u. R. wurde dabei auch von den Politikern der Weimarer Republik außer acht gelassen. Andererseits wurden v.a. die südosteurop. Roma im 19. und zu Beginn des 20. Jh. in der Unterhaltungsliteratur und in Operetten zu stilisierten Kunstfiguren verklärt und ihre vermeintlich naturwüchsigen Lebensverhältnisse als Versinnbildlichung antizivilisator. Sehnsüchte dargestellt. In dieser Verbindung von Faszination und Ablehnung blieb der „Zigeuner“ für die Mehrheit der Gesellschaft der Inbegriff von kultureller Fremdartigkeit. Diese Haltung trug wesentlich dazu bei, daß die Verfolgung der S. u. R. durch das nat.-soz. Regime in der Bevölkerung kaum auf Ablehnung oder gar Widerstand stieß.

(Zum Völkermord ... vgl. *Krausnick* in diesem Band)

(...) (Nach 1945 D.S.) betrieben die kommunistisch geführten Regierungen Ostmittel- und Osteuropas eine Politik der Zwangsassimilierung. In einigen Staaten Osteuropas kam es z.T. zu massiven Menschenrechtsverletzungen (Sterilisation, Sprachverbot). Nach dem Sturz der kommunist. Reg.-Systeme in Ostmittel- und Osteuropa (zw. 1989 und 1991) und der Vereinigung der beiden dt. Staaten 1990 strömten unter dem Druck nach wie vor bestehender Diskriminierung und drückender sozialer Bedingungen Angehörige der S. u. R. aus Südosteuropa (Rumänien, Jugoslawien) nach Dtl. und bemühten sich unter Wahrnehmung des dt. Asylrechts um einen Verbleib in der Bundesrep. Dtl. Sie stehen dabei oft im Zentrum ausländerfeindl. Aktivitäten von Rechts-extremisten.